



II-3053 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

FRAU BUNDESMINISTER
 DR. MARILIES FLEMMING
 Z.70 0502/5-Pr.2/88

1031 WIEN, DEN 8. Februar 1988
 RADETZKYSTRASSE 2
 TELEFON (0222) 75 56 86

An den

Herrn Präsidenten
 des Nationalrates

Parlament
 1017 Wien

1362/AB
 1988-02-10
 zu 1427/J

Auf die Anfrage der Abgeordneten Geyer und Freunde vom 17. Dezember 1987, Nr. 1427 J, betreffend 25 Mrd. für neue Straßenbauten, böhre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Soweit mir bekannt ist, ist die Entscheidung, 25 Milliarden Schilling zusätzlich zu den bisher vorgesehenen Budgetmitteln für den Straßenbau flüssig zu machen, bisher noch nicht gefallen. Meinen Informationen zufolge finden die gegenständlichen Verhandlungen derzeit ausschließlich zwischen dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, dem Bundesminister für Finanzen sowie dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr statt.

Zu 2.:

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen zu Punkt 1. möchte ich bemerken, daß mein Ressort bislang in diese Verhandlungen der obgenannten Ressorts nicht eingebunden ist.

Zu 3.:

Aus meiner Sicht sind derartige Großprojekte jedenfalls generell auf ihre Umweltaspekte hin zu prüfen. Darüber hinaus wird jedes einzelne der - mir nicht im Detail bekannten - Straßenprojekte einer eingehenden Umweltverträglichkeitsprüfung zu-

- 2 -

unterziehen sein.

Derzeit besteht - abgesehen von den diesbezüglichen Bestimmungen des Bundesstraßengesetzes - noch keine Rechtsgrundlage - und somit auch keine Kompetenz für mein Ressort - für die Durchführung einer derartigen eingehenden Umweltverträglichkeitsprüfung.

Zu 4.:

Unter Bedachtnahme auf die Ausführungen zu Punkt 1., wonach die Verhandlungen derzeit nur zwischen drei Bundesministern geführt werden, kann von einer "Vorgangsweise der (gesamten) Bundesregierung" kaum gesprochen werden.

Grundsätzlich ist aber - ungeachtet der Notwendigkeit, für die Anliegen des Umweltschutzes ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen - festzuhalten, daß durch den weiteren Ausbau eines Verkehrsnetzes von hoher Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit - sofern dieser Ausbau in einer umweltkonformen Art erfolgt - nicht unerhebliche Verkehrserleichterungen und verbesserte Verbindungen der einzelnen österreichischen Regionen erreicht werden können. Darüberhinaus kann dadurch sicherlich auch eine Entlastung der vom Durchzugsverkehr derzeit nachhaltig belasteten Gebiete erreicht werden.

Jedenfalls ist es aber notwendig, bei der konkreten Planung der einzelnen Projekte auf alle relevanten Umweltparameter in geeigneter Form einzugehen und den Notwendigkeiten einer ökologisch ausgewogenen Verkehrsplanung höchsten Stellenwert einzuräumen.

- 3 -

Zu 5.:

Vorsichtigen Schätzungen zufolge würde die Sanierung der Altlasten in Österreich in den nächsten Jahren ca. 10 - 20 Milliarden Schilling benötigen. Darüber hinaus wäre eine bessere Dotierung - sowohl in personeller als auch finanzieller Hinsicht - nicht nur meines Ressorts, sondern auch des Umweltbundesamtes und des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds für eine intensivere Verfolgung umweltpolitischer Maßnahmen notwendig.

Zu 6.:

Den obigen Ausführungen entsprechend, erscheint mir eine generelle Zustimmung zu zusätzlichen Investitionen im Straßenbau - ungeachtet der damit zweifelsohne auch verbundenen grundsätzlich positiv zu bewertenden Effekte - nur dann möglich, wenn sichergestellt ist, daß die einzelnen Projekte auf ihre umweltrelevanten Auswirkungen hin eingehend geprüft und bewertet worden sind.

A handwritten signature consisting of a vertical line with a loop at the top and a diagonal line extending from the middle of the vertical line.